Neue BUND-Studie zu Risiken deutscher Atomkraftwerke

Neue BUND-Studie zu Risiken deutscher Atomkraftwerke

Sofortiger Atomausstieg muss ins Wahlprogramm der Parteien
Berlin: Von den neun in Deutschland noch laufenden Atommeilern gehen nach wie vor enorme Risiken aus. Dies belegt eine heute vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) veröffentlichte Studie, die von der unabhängigen Atomexpertin Oda Becker erstellt worden ist. Demnach sind die Atomkraftwerke in Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C, Philippsburg 2, Grohnde, Emsland und Isar 2 nicht ausreichend vor möglichen Erdbeben, die Atommeiler in Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C, Philippsburg 2, Grohnde, Brokdorf und Neckarwestheim 2 nicht umfassend vor Hochwasser geschützt. Hinzu kommen Risiken durch eventuelle Brände, altersbedingte Ausfälle der Sicherheitssysteme oder eine mangelnde Sicherheitskultur.
Besonders gravierende Gefahren bestünden bei den technisch veralteten Siedewasserreaktoren in Gundremmingen. Da dort die Brennelemente in Abklingbecken innerhalb der Reaktorgebäude gelagert würden, könne es bei einem Störfall ähnlich wie 2011 in Fukushima zu Wasserstoffexplosionen und zur Freisetzung von radioaktivem Material kommen. Sämtliche deutschen Atomkraftwerke seien außerdem nicht ausreichend mittels Notstromaggregaten gegen den Ausfall der Stromversorgung abgesichert.
"Notstromaggregate versagten im AKW Forsmark in Schweden, was 2006 dort zum Beinahe-Gau führte. Ähnliches kann auch bei deutschen Atomkraftwerken passieren, zum Beispiel in Gundremmingen und Philippsburg 2. Wir können detailliert nachweisen, dass sämtliche noch am Netz befindlichen deutschen Atommeiler nicht sicher sind. Offensichtlich haben für die Betreiber Gewinninteressen und nicht der Schutz der Bevölkerung vor Atomkatastrophen Vorrang", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.
Bis zu eine Million Euro koste die Betreiber ein einziger Tag, an dem ein abgeschaltetes AKW keinen Strom liefere. Deshalb ließen Eon, RWE und EnBW ihre Anlagen möglichst lange am Netz. Nachrüstungen würden manchmal sogar in die nächste zum Austausch der Brennelemente vorgesehene Stillstandszeit des Reaktors verschoben.
"Störfälle durch Alterung der Atomanlagen, Flugzeugabstürze oder Anschläge können auch in Deutschland jederzeit zur weiträumigen tödlichen Freisetzung von Radioaktivität führen. Und was macht die Bundesregierung? Sie missachtet ihre grundgesetzliche Schutzpflicht für die Bevölkerung und handelt nicht. Das kann und darf nicht akzeptiert werden. Der sofortige Atomausstieg gehört in die Bundestagswahlprogramme aller Parteien", sagte Weiger.
Die Energiewende dürfe nicht aus wahltaktischen Gründen zerredet werden, sagte der BUND-Vorsitzende. "Insbesondere Kanzlerin Angela Merkel muss die erfolgreiche Fortsetzung des Umbaus unserer Energieversorgung zu einem Hauptthema ihrer Wahlveranstaltungen machen", sagte Weiger.
Zu den Hauptmotiven für den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung gehörten die Gefahren der Atomenergie, so der BUND-Vorsitzende. Eine verantwortungsvolle Politik müsse einen deutlich schnelleren als den bislang geplanten Atomausstieg zum Ziel haben. Anlässlich des zweiten Jahrestages der Reaktor-Katastrophe von Fukushima würden am kommenden Wochenende deshalb erneut tausende Demonstranten am AKW Grohnde in Niedersachsen, am AKW Gundremmingen in Bayern, am AKW Neckarwestheim in Baden-Württemberg und an der Uranfabrik Gronau in Nordrhein-Westfalen auf die Straße gehen.
Die BUND-Studie mit dem Titel "Atomstrom 2013: Sauber, sicher, alles im Griff?" finden Sie im Internet unter: www.bund.net/pdf/atomstrom2013

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an.Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands.Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.